

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdirektor: Rudolf Kretschmer
Verlagsredaktion: Rudolf Kretschmer
Verlagsverwaltung: Rudolf Kretschmer

Verlag: Rudolf Kretschmer & Co. KG
Verlag: Rudolf Kretschmer & Co. KG
Verlag: Rudolf Kretschmer & Co. KG

Druck: Rudolf Kretschmer & Co. KG
Druck: Rudolf Kretschmer & Co. KG
Druck: Rudolf Kretschmer & Co. KG

Rätzelraten um Papens Programm

Luther nimmt am Kabinettsrat teil

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. August. Das Reichskabinett hat am Freitag mit der Schlussberatung seines Wirtschafts- und Arbeitsbeschaffungsprogramms begonnen. Die Beratung konnte, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, so weit gefördert werden, daß in der für Sonnabend vorgesehenen Sitzung nur noch bestimmte Formalien zu erledigen sind. Ueber den Verlauf der heutigen Sitzung wird von den amtlichen Stellen angegeben, daß

innerhalb des Kabinetts volle Einmütigkeit

Aber die zu ergreifenden Maßnahmen herrschte, und daß sich auch der der Sitzung beiwohnende Reichsbankpräsident Dr. Luther den Auffassungen der Kabinettsmitglieder angeschlossen. Irrendenweise Angaben über Einzelheiten der Kabinettspläne werden noch nicht gemacht. Da man sich in dieser Beziehung an den amtlichen Stellen das strenge Stillschweigen auferlegt, so läßt sich nicht erkennen, inwieweit die Maßnahmen, die man in politischen und wirtschaftlichen Kreisen über das Aussehen des Regierungsprogramms anstellt, den Tatsachen entsprechen. Eine beträchtliche Rolle in diesen Maßnahmen spielt das

Projekt einer 3%igen Zwangsanleihe

von der die Landwirtschaft ausgenommen sein soll. Durch diese Zwangsanleihe sollen — immer nach diesen von den amtlichen Stellen bisher in feiner Weise bestätigten Verhandlungen — die Mittel zur Finanzierung einer umfassenderen Arbeitsbeschaffung aufgebracht werden. Die Zwangsanleihe würde, so heißt es weiter, nur das mobile Kapital treffen, während das unmittelbare der Produktion dienende Kapital nicht berührt werden soll.

Schon die Gerüchte von einer Zwangsanleihe haben eine recht lebhafte Protestbewegung ausgelöst, in der unter anderem darauf hingewiesen wird, daß eine Zwangsanleihe Kupfer in den normalen Steuererträgen hervorrufen würde, wodurch sich für den laufenden Staatshaushalt die Gefahr des Defizits ergeben könnte. Jedoch wird man zunächst abzuwarten haben, inwieweit das Kabinett gewillt ist, den Plan einer Zwangsanleihe, der zweifellos in den Kreisen und auch in den Kabinettsberatungen eine gewisse Rolle gespielt hat, praktisch auszuführen. Auch über die Maßnahmen, die das

Kabinett in handelspolitischer Hinsicht treffen will, liegen authentische Informationen bisher nicht vor. Auch hier sind es nur Verlautbarungen, die davon zu berichten wissen, daß das Reichskabinett gewillt sei, eine grundsätzliche Einführung von Kontingenten vorzunehmen.

Es sei an die Einführung von Einfuhrkontingenten für alle land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse sowie Nahrungs- und Genussmittel gedacht. Das man innerhalb des Kabinetts auch das Problem der Zinsenkung nochmals erörtert hat, ist als sicher zu betrachten. Hier verlaute, daß das Kabinett eine weitere Zinsenkung — die erste wurde bekanntlich vom Kabinett Brünning bereits vorgenommen — nicht plane.

Nachmals sei betont, daß es sich bei diesen Angaben um Mitteilungen handelt, zu denen man sich an den amtlichen Stellen weder bejahend noch verneinend äußert, da das Kabinett ohne Berücksichtigung von jeder öffentlich geführten Polemik seine Arbeiten beenden will. Man wird also die Erklärungen des Reichskanzlers in Münster abzuwarten haben, ehe man erkennen kann, welche handelspolitischen Wege das Kabinett u. Papens beschreiten will.

Die Ministergehälter in Thüringen

Weimar, 26. August. In der heutigen Sitzung des Thüringischen Landtages wurde eine Erklärung der drei nationalsozialistischen Minister verlesen, in der sich die Minister angeht die Not in Thüringen verpflichten, ein Ministergehalt mit einer Auszahlung von nicht über 7000 Mark in Anspruch zu nehmen. Den überschüssigen Teil wollen sie der Staatskasse zur Vinderung der Not zur Verfügung stellen.

Nach der Verpflichtung der neuen thüringischen Landesregierung fand die erste Sitzung des Kabinetts statt. Zum Vorsitzenden des thüringischen Staatsministeriums wurde Sautel (NSDAP), zu seinem Stellvertreter Staatsminister Wächter (NSDAP) gewählt. Zu Hauptbevollmächtigten zum Reichsrat wurden die Staatsminister Sautel und Wächter (NSDAP) und zu Stellvertretern der Bevollmächtigten Staatsminister Wächter und Staatsrat Dr. Weber (NSDAP) bestimmt. Der Geschäftsbereich des Justizministeriums wurde dem Staatsrat Dr. Weber zugewiesen.

Vorstellungen der Hansestädte

Gegen wirtschaftliche Autarkie

Hamburg, 26. August. Amlich wird mitgeteilt: Die hanseatische Abordnung trat am Donnerstag ihre Besprechungen über die angelegentlichsten Kontingenterzeugnisse zur Einschränkung der Einfuhr ausländischer Waren zu Beginn der Sitzung des Reichshandelsministeriums. Die Abordnung wurde von dem Reichshandelsminister Freiherrn v. Reuter, dem Reichsinnenminister Freiherrn v. Gayl und dem Reichsarbeitsminister Schäfer sowie im Reichsfinanzministerium dem vom Reichsfinanzminister in seiner Abwesenheit mit dem Empfang beauftragten Ministerialdirektor Dr. Fischer vor. Die Aussprache ergab weitgehende Übereinstimmung der Ansichten. Eine Denkschrift der Hansestädte wurde am Donnerstag dem Reichskanzler v. Papen überreicht. Abschriften dieser Denkschrift hat die hanseatische Abordnung auch den genannten vier Ministern übergeben. Den Hansestädten wird Gelegenheit geboten werden, zu den etwa geplanten Einzelmaßnahmen eingehend schriftlich und mündlich Stellung zu nehmen, bevor sie endgültig vom Reichskanzler verabschiedet werden.

Die Hamburger Handelskammer

hatte die Versammlung eines ehrbaren Kaufmannes für Freitag nach der Börse einberufen, um gleichfalls zu den handelspolitischen Plänen der Reichsregierung, vor allem den Kontingenterzeugnissen für die Einfuhr forst- und landwirtschaftlicher Erzeugnisse Stellung zu nehmen. Der Präses der Handelskammer, Rottendorf, warnte mit allem Nachdruck vor extrem autarkischen Zielen.

Im Anschluß an die Aussprache wurde von der Versammlung eine Entschließung angenommen, die dem Reichskanzler überhandt werden soll und in der es unter anderem heißt:

Die Versammlung eines ehrbaren Kaufmannes hat mit schwerer Besorgnis von den Bestrebungen Kenntnis erhalten, die Einfuhr gewisser land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse durch ein Kontingenterzeugnis zu beschränken. Solche Maßnahmen würden lebenswichtige Teile der deutschen Wirtschaft schwer treffen. Die in Deutschland besonders am dem Geschäftsbetrieb bestehenden zahlreichen Einfuhrhäuser müßten ihre Betriebe noch weiter ein-

schumpfen sehen. Die noch am Leben gebliebenen deutschen Unternehmen im Ausland würden in ihrem Kampf um die Erhaltung ihrer Existenz hart betroffen. Die Ausfuhr deutscher Industrieerzeugnisse hängt unmittelbar von der Gestaltung der Einfuhr ab. Verhinderlich für Deutschland gegen die Erzeugnisse fremder, mit ihm im Handelsverkehr stehender Länder, so werden diese Länder wieder in Stande gesetzt sein, fernerhin deutsche Industrieerzeugnisse auszuführen. Weitere bedeutende Nachteile der Exportindustrie Deutschlands würden aus schwerer leiden. Die Erfahrungen, die in letzter Zeit mit der Kontingenterzeugung einzelner Waren gemacht worden sind, haben deutlich erwiesen, daß

Gegenmaßnahmen der betroffenen fremden Staaten und ihrer Bevölkerung

die schwere Folge sein müßten. Die Schwächung der deutschen Kaufkraft im Innern, die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die Störung des Verteilungsapparates müssen notwendig dazu führen, daß die Abhängigkeitsverhältnisse für die Erzeugnisse der deutschen Wirtschaft im Inlande verringert werden, so daß die von dieser Seite erhoffte Preissteigerung höchst fraglich erscheint. Dabei müssen alle diese Schädigungen des Außenhandels und der inneren Wirtschaft, zu denen noch die oft in einzelnen dargelegten allgemeinen unheilvollen Folgen jeder handelspolitischen Zwangsmaßnahme hinzutreten, abgeleitet werden. Kein einseitiger Wirtschaftler wird sich der Erkenntnis von der Bedeutung der Landwirtschaft für Deutschland und von der Notwendigkeit, ihr in ihrer schweren Notlage zu helfen, verschließen. Aber dagegen muß die Versammlung eines ehrbaren Kaufmannes mit aller Entschiedenheit protestieren, daß zur Erreichung dieses Zweckes wirkungslos verfochtene und wichtige und volkswirtschaftlich notwendige Teile des deutschen Außenhandels geschädigt werden. Die Folgen für die deutsche Wirtschaft würden unabsehbar sein.

Auch der Wunsch des Arbeitgeberverbandes des Großhandels hat sich in einer Sitzung mit den Autarkiebestrebungen der Reichsregierung befähigt. Die Auswirkungen der von der Reichsregierung beabsichtigten Einfuhrbeschränkungen würden, so wurde erklärt, bei ihrer Verwirklichung für einen großen Teil der von dem Verbande erfassten Firmen unabschätzbar sein. Wenn die Absicht der Reichsregierung zur Durchföhrung kommen sollte, müßte der Arbeitgeberverband des Großhandels in Hamburg mit Rücksicht auf die voraussetzenden katastrophalen Auswirkungen bei einem großen Teil seiner Mitglieder die Tarifbindungen zum nächst nächsten Termin lösen.

Die handelspolitische Lage

Die Zertrümmerung aller handelspolitischen Beziehungen im Gefolge der Weltkrise und der besonderen politischen Entwicklungstendenzen in den einzelnen Staaten hat — dafür zeugen die Ausfuhrzahlen der deutschen Wirtschaft und 5 1/2 Millionen Erwerbslose — auch vor Deutschland nicht haltgemacht. Anzeichen dafür, daß die abflinkende Tendenz wenigstens zum Stehen kommt, liegen leider auch noch nicht vor. Deutschland als Land der europäischen Mitte, schon von jeher Kampfplatz für die Austragung der politischen Konflikte, trägt heute in besonders hohem Maße das Schicksal, auch Kampfplatz aller wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen zu sein, für die es durch die Eigenart der Verteilung von Industrie und Landwirtschaft, von kontinentaler Orientierung und Ueberseeinteressen geradezu vorbestimmt ist.

Hierin ist der Kern für die Problematik zu suchen, über die jetzt neue Entscheidungen der Regierung heranzuführen: Industriell - exportwirtschaftliche Orientierung oder landwirtschaftlich-binnenwirtschaftliche Politik! Ein beständiges Ringen der Interessengruppen begleitet die Arbeiten des unter seinen Voten beinahe zusammenbrechenden Reichswirtschaftsministeriums. Ununterbrochen ist der deutsche diplomatische Apparat im Gange, um die verschiedenen notwendig werdenden Aktionen im Ausland vorzubereiten und durchzuführen. Die Landwirtschaft und die Exportindustrie können die gewichtigsten Argumente dafür ins Feld führen, daß die Entschlüsse auf dem Gebiete der Handelspolitik auch über Gebiete oder Bezirke dieser oder jener Wirtschaftsgruppe ein Urteil sprechen. Lassen wir zum Beispiel keine dänische Butter mehr ins Land, dann erledigt sich der beträchtliche Industrieexport nach Dänemark. Nehmen wir weder Blumen noch Rufe aus Holland ab, dann rächt sich dieses Land mit überhöhten Industriepreisen. Öffnen wir dagegen unsere Tore dem Großanstrom landwirtschaftlicher Produkte des Auslandes, dann steigt das Glend deutscher Bauern und mit ihm die Zwangsbeschäftigungskurve ins Unendliche. Werden planwirtschaftlich-sozialistische Gesichtspunkte geltend gemacht, dann droht Gefahr für unser gesamtes, auf der Initiative des Privatunternehmers aufgebautes Wirtschaftssystem. Bleibt vollständig freier Spielraum für die privatwirtschaftliche Orientierung, dann kommen vielleicht wieder staatspolitische Gesichtspunkte zu kurz. Soeben ist eine in Wirtschaftskreisen vielgenannte Persönlichkeit, gerrieben von diesen Gegensätzen, auf der Stredke geblieben — der langjährige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Dr. Trendelenburg.

Einfache Lösungen der handelspolitischen Probleme gibt es in Deutschland nicht. Es gibt auch keine theoretisierenden Lösungen, keine Durchpackung bestimmter volkswirtschaftlicher Grundsätze. Es gibt für uns keinen anderen Ausweg, als eine sehr differenzierte, wohlabgewogene und elastische Ordnung, die den Versuch macht, unter Voranstellung der gemäßigtesten staats- und volkspolitischen Gesichtspunkte eine ausgleichende Mittellinie zwischen den widerstrebenden Richtungen zu finden.

Vorausgeschickt sei dieser Erörterung eine in Zahlen ausgedrückte Bilanz des deutschen Außenhandels. Nimmt man die Ziffern für das erste Halbjahr 1931 zur Hand, so kann man feststellen, daß wir bei einer Einfuhr im Werte von 8804 Millionen und einer Ausfuhr von 4768 Millionen immer noch einen Ausfuhrüberschuss von 904 Millionen, also von beinahe einer Milliarde aufweisen konnten. Den katastrophalen Rückgang, sowohl absolut als relativ, erweist die Halbjahresbilanz der ersten sechs Monate 1932. Wir führten für 2887 Millionen ein und für 2989 Millionen aus. Der Exportüberschuss hat sich in diesem Jahre um über 800 Millionen, also mehr als ein Drittel, verringert. Die Einfuhr ist um beinahe 1 1/2 Milliarden zurückgegangen, die Ausfuhr zur gleichen Zeit um über 1 1/2 Milliarden. Wenn es so weitergeht, läßt sich mit Sicherheit der Zeitpunkt voraussehen, wo Ein- und Ausfuhr sich aufheben, das heißt, wo die deutsche Wirtschaft keine Exportüberschüsse mehr hat. Eine solche Entwicklung, die von außen gar nicht so abel auszuheben mag, ist aber für Deutschland aus mehreren Gründen gefährlich. Denn Deutschland hat nicht nur erhebliche Auslandsschulden, die nur aus Exportüberschüssen verzinst und amortisiert werden müssen, sondern es ist auch zur Zeit noch nicht in der Lage, seinen Nahrungsmittelebedarf vollständig aus eigener Erzeugung zu decken. Das Aufheben eines Exportüberschusses bedeutet demnach einerseits Zahlungsunfähigkeit nach außen und damit Gefährdung der Währung, andererseits, wenn man die Folgen bis in die letzten Konsequenzen durchdenkt, Mangel an Nahrungsmitteln. Eine hundertprozentig binnenwirtschaftliche Orientierung ist also für uns nicht durchführbar, nicht nur für heute, sondern noch auf Jahre hinaus, wobei die Frage zunächst unerörtert bleiben soll, ob unsere landwirtschaftliche Erzeugung bald einen Stand erreichen könnte, der Deutschland vollständig von der Lebensmitteleinfuhr unabhängig macht. Aber selbst im Falle der deutschen Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln bedeutet das Fehlen eines Exportüberschusses immer noch keinen so sich ergebenden

Table with 2 columns: Item, Price. Includes items like 20.0, 25.0, 30.0, 35.0, 40.0, 45.0, 50.0, 55.0, 60.0, 65.0, 70.0, 75.0, 80.0, 85.0, 90.0, 95.0, 100.0, 105.0, 110.0, 115.0, 120.0, 125.0, 130.0, 135.0, 140.0, 145.0, 150.0, 155.0, 160.0, 165.0, 170.0, 175.0, 180.0, 185.0, 190.0, 195.0, 200.0.